

Verbände beziehen Stellung gegen Pläne der Hamburger Wasserwerke - Mehr als 1800 Unterschriften gesammelt

Naturschützer bangen um Heidewasser



Reinhard Kempe (v.l.; Arbeitskreis Naturschutz), Jörg Ulrich Borner (Nabu Kreisverband Harburg), Ingo Wolde (BUND Elbe-Heide), Dr. Klaus Hamann (Schutzgemeinschaft Deutscher Wald) und Bernd Wenzel (NaturFreunde Nordheide) sprechen sich vehement gegen die geplante Wasserentnahme der Hamburger Wasserwerke in der Nordheide aus. Foto: dth

dth Handeloh. Nachdem sich die Kommunen in der Nordheide gegen die geplante Wasserförderung durch die Hamburger Wasserwerke (HWW) in der Nordheide formiert haben (LZ berichtete), beziehen nun die Naturschutzverbände im Landkreis Harburg Stellung. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im Naturkundlichen Museum in Handeloh zeigten die Verbände aus ihrer Sicht die Schwächen und Kritikpunkte bei dem HWW-Antrag auf. Dabei gerät auch der Landkreis Harburg als Bewilligungsbehörde und das Land Niedersachsen in die Schusslinie. Einig sind sich die Verbände in der Forderung nach kürzeren Bewilligungszeiträumen und einem zielgenaueren Einsatz des sogenannten "Wasserpennings".

In Position gebracht haben sich der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) Kreisverband Harburg, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Elbe-Heide, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), die NaturFreunde Nordheide und der Arbeitskreis Naturschutz Obere Wümme.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben die Naturschützer Unterschriften von Unterstützern gesammelt. Mehr als 1800 Menschen haben unterzeichnet. Die Listen werden an den Landkreis Harburg übersandt.

Ingo Wolde, Sprecher des BUND Elbe-Heide und der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände, mahnt an, dass es mit Blick auf die Wasserentnahme durch die HWW für das gesamte Schutzgebiet Natura 2000 "Lüneburger Heide" als sogenanntes FFH-Gebiet "zwingend eine Verträglichkeitsprüfung geben muss". Dr. Klaus Hamann von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald erklärt warum: "Die letzte Verträglichkeitsprüfung ist mehr als fünf Jahre alt, die Daten damit veraltet." Zudem seien die zoologischen Untersuchungen "mangelhaft", die Fauna des Wasserfördergebietes und die betroffenen Bereiche schlecht oder teils gar nicht überprüft worden. Kein gutes Haar lässt er an den "forstkundlichen Gutachten": "Die Ergebnisse sind schlecht dokumentiert. Und Probeflächen, die vor 30 Jahren in den Waldgebieten eingerichtet wurden, findet niemand mehr wieder. Auch ich vermag heute an fünf, sechs Bäumchen auf den verbliebenen Probeflächen nicht mehr nachzuweisen, wie sich die bisherige Wasserentnahme auf die betreffende Stichprobe ausgewirkt hat." Gleichwohl prangern die Naturschützer seit Jahren gravierende Umweltschäden vor allem im Bereich der Este und der Toppenstedter Aue an. Bernd Wenzel von den NaturFreunden Nordheide fordert zudem: "Die HWW müssen ihre Wasserbedarfsprognose an aktuelle Bevölkerungsprognosen anpassen." Mit den Vorbehalten werden sich der Landkreis und die HWW im weiteren Verfahren auseinandersetzen müssen.

Als "besonders schwerwiegend" kritisiert der BUND Elbe-Heide: "Der Landkreis Harburg hat bisher versäumt, zum Schutz für die HWW-Trinkwasserentnahme entsprechende Trinkwasserschutzgebiete mit besonderen Nutzungsbeschränkungen und Verboten auszuweisen." Vom Kreis heißt es auf LZ-Nachfrage dazu, dass zunächst das Ergebnis des Verfahrens abgewartet werden soll, bevor ein Trinkwasserschutzgebiet ausgewiesen werde.

Weitere gemeinsame Forderungen der Verbände: "Die Folgen der Klimaveränderungen sind zu berücksichtigen. Genehmigungen zur Förderung von Trinkwasser aus dem Heideraum sind angesichts weiter zurückgehender Niederschlagsneigungen auf höchstens 15 besser zehn Jahre zu befristen. Die Westbrunnenkette (Este) ist umgehend aufzugeben." Laut HWW-Angaben wurde die Trinkwasserförderung im Este-Bereich bereits reduziert. Das reicht den Naturschutzverbänden nicht. Weitere Forderung: "Der Wasserpfennig ist ausschließlich zweckgebunden zu verwenden." Das Niedersächsische Umweltministerium hatte auf LZ-Nachfrage eingeräumt, dass derzeit nur rund ein Drittel der Mittel aus dem Wasserpfennig für Trinkwasserschutzmaßnahmen zurück in die Region Nordheide geht.